

Zwei Wochen in Bangladesh

- Ein politischer Reisebericht -

von Siegfried Schmidt

Die DC 10 hebt nur wenig verspätet ab in die dunkle Nacht. Zwei Wochen Bangladesh sind vorbei, die sich von allen anderen Reisen unterscheiden, denn die Summe der negativen Erfahrungen war dieses Mal größer als die der positiven.

Die Ankunft ist wie immer von unseren Gastgebern gut vorbereitet. Ein Wagen holt uns vom Zia International Airport ab. Das Gedränge und die Hektik vor dem Flughafen sind trotz der zusätzlichen Absperrungen im Vorfeld des Gebäudes noch größer als in den letzten Jahren geworden.

Gestiegen ist auch die Luftverschmutzung in der Hauptstadt. Dhaka versinkt in einer einzigen blaugrauen Abgaswolke, läßt kaum noch Platz zum Atmen. Die zahlreichen Staus scheinen sich zu einem Dauerzustand zu entwickeln. Besonders wer nach Comilla fahren will, begibt sich bei Jhatrabari im Südosten von Dhaka in ein unvorstellbares Chaos von Fußgängern, Lastwagen, Baby-Taxis, Rikschas, geschobenen oder gezogenen Karren, Bussen, Tempos und Privatwagen. Was vor zwei Jahren 30 bis 40 Minuten dauerte, verlangt nun mindestens die doppelte Zeit. Falls einmal die Gegenfahrbahn frei sein sollte, gibt es für schnelle Fahrzeuge eine Alternative. Fahrer, die vorher streichholzschachtelgroße, gestempelte Pappkärtchen bei der Verkehrspolizei gekauft haben, dürfen, indem sie diese Erlaubnisscheine an der Windschutzscheibe einem aufmerksamen Polizisten entgegen halten, mit Vollgas ein paar Meter auf der Gegenfahrbahn vordringen, um dann wieder in die richtige Spur einzuscheren. Für alle anderen geht es, wenn überhaupt, zentimeterweise voran. Markierungen werden nicht beachtet, hilflos übertönen die schrillen Pfeifen der überforderten Verkehrspolizisten die Kakophonie der Hupe und Motoren.

Ab und zu krachen die Schlagstöcke der Polizisten auf die Verdecke der Rikschas oder Babytaxis. Mitten im Gewimmel nimmt ein Polizist einem Rikschawallah, wie hier die Rikschafahrer genannt werden, der angeblich nicht verkehrsgerecht gefahren ist, den Sitz für die Gäste weg. Ein paar Meter weiter kann er ihn bei einem anderen Polizisten gegen Zahlung einer Strafgebühr wieder einlösen.

Seit einiger Zeit fallen Rikschawallahs, Polizisten oder Fußgänger auf, die Baumwollmasken gegen die unerträglichen Abgase tragen. Mehr als ein vergeblicher Versuch kann das nicht sein. Vermutlich wird sich erst etwas ändern, wenn die Kinder der Reichen im Dhaka-Stadteil Gulshan an Pseudo-Krupp leiden oder gar sterben.

Zum Glück reisen wir nicht in der Nacht. Immer häufiger werden in der Dämmerung Autos überfallen, besonders Hochzeitsgesellschaften sind das bevorzugte Ziel der Räuber, denn der Goldschmuck der Frauen ist für die 'Dacoits' besonders leicht zu Geld zu machen. Schlechte Wegstrecken oder Alleen, aus denen man Bäume fällt und sie quer über die Fahrbahn legt, eignen sich besonders gut dazu. Die kleinen Räuber halten sich in den Städten in der Nähe von Steigungen auf, um den Frauen, die mit den Rikschas zum Einkaufen fahren, bei einbrechender Dunkelheit ihre Goldketten vom Hals zu reißen.

Aber auch tagsüber ist man vor Raubrittern der Landstraße nicht gänzlich sicher. Unser Auto wird auf einer Neben-

strecke von einem Polizisten angehalten. Ein gestempeltes Stück Pappe bewahrt unseren Fahrer vor dem Zahlen einer Gebühr. Er hat alles schon vorher erledigt. Uns wird erzählt, daß einige Fahrer aus der Gegend, die wir gerade passieren, die Mietautos aus Dhaka anhalten und dafür Geld nehmen, daß sie selbst die Fahrt nicht bekommen haben.

Ein paar Tage später soll die Reise mit dem Zug nach Sylhet stattfinden. Erst nach dem Kauf der Karte erfahren wir, daß in Sylhet Generalstreik sein wird. Wir entscheiden uns, die Fahrkarten zurückzugeben. Nur 50 Prozent will der Mann am Fahrkartenschalter zurückzahlen. Ein interessierter anderer Fahrgast zahlt uns mehr, so daß der Verlust nur gering ist. Zwei Tage später kosten uns die gleichen Fahrkarten 20 Taka mehr als der ausgedruckte Preis angibt. Der Mann am Fahrkartenschalter in Akhaura will mitverdienen oder es gibt keine Tickets.

Auch in Sylhet ist der Verkehr unerträglich, die Staus werden auch hier immer länger. Der Schmutz ist gegenüber dem vorigen Jahr augenscheinlich mehr geworden. Hunde, Kühe und Dohlen suchen nach Freßbarem in den Abfallbergen an den Straßenrändern.

Ein Thema beherrscht zur Zeit die Stadt. Beim Generalstreik vor zwei Tagen ist ein Student erschossen worden. Bewaffnete Jugendliche auf Motorrädern haben sich Schlachten mit der Polizei geliefert. Anlaß für den Generalstreik war die geplante Namensgebung für noch nicht gebaute Studentenheim. Ein Gebäude sollte den Namen von Jahanara Imam, der verstorbenen Vorsitzenden des 'Nirmul'-Komitees, das gegen die Verbrechen der Kollaborateure von 1971 kämpft, und das andere den des Staatsgründers Sheikh Mujibur Rahman tragen. Die Opposition setzt alles daran, um dies zu verhindern. Ähnliche Gründe für Hartals, wie die Streiks genannt werden, die das gesamte öffentliche Leben auf ein Minimum einschränken, gibt es in Chittagong oder Dhaka. Viele Bengalen sind besonders darüber empört, daß die Streiks während der Ramadan-Zeit stattfinden. Sie empfinden die Terminierung als einen Affront gegen ihr religiöses Empfinden. Die schon große Belastung in der Fastenzeit wird nun noch durch die leidigen Streiks erhöht.

Daß die Streiks besonders von der ultrareligiösen 'Jamaat-i-Islami' forciert werden, ist dabei ein besonders delikates Faktum. Die Zeitungen berichten von einer 'Ifar'-Party in Dhaka. Das Gebet zum Fastenbrechen wird zum Anlaß genommen, daß sich die ehemalige Regierungschefin Khaleda Zia, der wieder hoffähige Ex-Diktator Mohammed Ershad und der Führer der islamistischen 'Jamaat-i-Islami' Gulam Asam treffen, um zu beraten, wie man die jetzige Regierung stürzen kann.

In den Diskussionen mit den Sylhetis wird deutlich, daß die Menschen es satt haben, wie die Parteien miteinander und mit dem Volk umgehen. Die Zukunft wird schwarz gemalt, die Stimmung sinkt weiter. Wohlhabende haben Angst um ihre Kinder, die Opfer von Entführungen werden könnten, weil die staatstragenden Institutionen wie Polizei und Armee immer korrupter werden. Diejenigen, die es sich leisten können, haben eigene Wachdienste für Haus und Familie. Man streckt die Fühler aus, das Land auf Dauer zu verlassen. Wer es kann, verheiratet seine Schwester mit einem Bengalen aus

Amerika oder Europa. Rufe nach einem patriotischen Diktator werden laut. Auch aus demokratischen Kreisen hört man solche Forderungen. Allerdings schwächen sich die demokratischen Kräfte, indem sie sich gegenseitig Vorwürfe zu den Vorgängen in Sylhet machen, anstatt gemeinsam zu überlegen, wie man aus der verfahrenen Situation herauskommen kann. Ungewollt arbeiten sie so den Ultrarechten in die Hände.

Die Situation mit den Generalstreiks, dem Auseinanderbrechen des Staates, den egoistischen Entscheidungen der Politiker, den Straßenkämpfen, dem Personenkult um Sheikh Mujibur Rahman, all dies erinnert in vielen Bereichen an die Zustände in der Weimarer Republik.

In den Dörfern ist die Stimmung nicht anders. Alle stöhnen über die Hartals. Immer wieder werden wir gefragt, ob wir einem Bruder oder Schwager nicht helfen können, nach Deutschland zu kommen. Fast in jeder Familie ist mindestens eine Person, die im Ausland arbeitet. Ob "legal" oder "illegal" ist kein Kriterium. Allein die Tatsache, daß Geld nach Bangladesh überwiesen wird, ist ausschlaggebend.



Während die Politikerinnen streiten, geht es vielen Bürgern immer schlechter. Hier warten Männer auf einen Job als Tagelöhner (Foto: Walter Keller)

Viele Männer im Dorf sind aus Europa abgeschoben worden, einige wenige sind zurückgekommen, weil sie es dort nicht ausgehalten haben, selten sind welche freiwillig zurückgekehrt. Alle haben versucht, sich eine Existenz in Bangladesh aufzubauen, meistens mit geringem Erfolg. So wartet ein Bruder oder Sohn schon darauf, nach Europa geschleust zu werden. Zur Zeit kostet Europa umgerechnet vierzehntausend Mark. Dafür wird Land verkauft, Geld geliehen, meist von Verwandten, manchmal auch von Geldverleihern, die horrenden Zinsen verlangen.

Ein Weg geht über Moskau, die Ukraine, Moldawien, Rumänien und Ungarn in die EU-Länder. Dabei kann es durchaus sein, daß man mehrere Monate in Rumänien im Gefängnis sitzt. In diesem Fall muß weiteres Geld locker gemacht werden, dann kann man sich freikaufen. Dem Chef der Schlepper, der die Fäden von Rumänien aus in der Hand hält, kann nichts passieren, er soll mit einem kanadischen Pass dort leben.

Abenteuerlich sind die Schilderungen, wie man in die EU-Länder gekommen ist. Sie reichen von umgebauten Lastwagen über nächtliche Bootsfahrten bis hin zum Versteck hinter Abteilverkleidungen in der Eisenbahn. Die Schrauben dafür löst und befestigt ein Schaffner kurz vor Beginn der Bahnfahrt. Am Ende der Fahrt muß man sich selbst befreien.

Jetzt, im Laden an der Hauptstraße, unter Freunden, kann man darüber lachen. Es hat ja geklappt, und in Italien waren durch die Mafia offizielle Papiere zwar teuer aber schnell zu bekommen. Glück, so wird beim Tee erzählt, hat eine Familie aus dem Nachbardorf gehabt, daß sie die verlangten zwanzigtausend Mark für eine "garantierte Einreise nach Kanada" nicht zusammen bekommen hat. Wie sich herausgestellt hat, war diese "Einreisegarantie" nur der Versuch einer Frau, von zehn Familien insgesamt zweihunderttausend Mark zu bekommen, um den kanadischen Behörden zu beweisen, daß sie selbst genug Geld hat, um sich in Nordamerika niederlassen zu können.

Gelacht wird auch immer wieder über die Geschichte eines jungen Mannes, der mit dem Pass seines Bruders in die Vereinigten Staaten eingereist ist. Aber nur wenige haben einen Bruder, der eine 'Greencard' besitzt und diesem auch noch ähnlich sieht.

Die Erwischten und Abgeschobenen erzählen nichts über ihre Abenteuer. Sie scheuen den Treffpunkt der Männer im Teeladen an der Straße. Die Fragen nach ihrer schnellen Rückkehr aus dem Ausland tun weh und nach vier Monaten zu Hause glaubt eh keiner mehr daran, daß man nur zum Urlaub nach Bangladesh zurückgekommen ist. Dann bleibt man lieber im Schutz des Baris. Zuhause werden zwar keine Fragen mehr gestellt, aber das Gefühl, versagt zu haben, schmerzt umso mehr. So ist es kein Wunder, daß die meisten auf die nächste Gelegenheit warten, wieder ins Ausland gehen zu können. Vielleicht findet man einen Mann aus dem Mittleren Osten, der als sogenannter Sponsor einen Job in Saudi-Arabien oder anderswo vermittelt. Hoffentlich gerät

man nicht an einen Mann, der zwar die Einreise nach Arabien organisiert, dann aber keinen Arbeitsplatz bietet und sich zusätzlich monatlich dafür bezahlen läßt, daß man sich in Oman, Abu Dhabi oder Bahrain aufhalten darf. Ein Aufbegehren ist nicht möglich, denn der arabische Sponsor zieht den Pass ein und kann jederzeit beim Ausbleiben seiner Prämien den Bengalen in die Heimat zurückschicken. Die Frage, wann die Grenze der Anstrengungen und Erniedrigungen erreicht ist, ist nur eine akademische. Für die meisten gibt es keine Alternative zum Job im Ausland.

Wer ein Geschäft oder eine Werkstatt in Bangladesh besitzt, muß nicht nur in Mymensingh mit den immer aggressiver werdenden Schutzgelderpressern rechnen. "Wenn ich mal wieder so richtig Angst habe, daß ich abends zusammengeschnitten werde, haue ich aus der Stadt ab und komme in mein Dorf zurück. Aber das ist auch keine Lösung, denn wie soll ich sonst Geld verdienen?", vertraut mir ein junger Mann, der im Geschäft seines Schwagers arbeitet, unter vier Augen an. Sein Schwager, der einen zweiten Job hat und außerdem noch Versicherungen verkauft, gibt sich in das Unvermeidliche und zahlt. Bei der Frage nach der Polizei lächelt mich der junge Mann nur milde an.

Auch eine gute Ausbildung ist keine Garantie für eine Arbeitsstelle. Um als Grundschullehrerin mit ganz geringem Gehalt in einem abgelegenen Dorf angenommen zu werden, müssen dreißigtausend Taka gezahlt werden. Die Stelle ist aber auch nur frei, weil eine Verwandte aus dem Schuldienst ausgestiegen ist. Beziehung und Geld scheinen vieles möglich zu machen. Geht es um höhere Posten, so werden sieben- oder achtstellige Takasummen gezahlt.

Arbeitsplätze in der Landwirtschaft, die allerdings nur we-

nig Geld bringen, werden von Jahr zu Jahr seltener. Wo noch vor ein paar Jahren zahlreiche Hände notwendig waren, werden jetzt kleine Maschinen eingesetzt, die Landflucht verstärkt sich und das Ziel aller Arbeitslosen ist Dhaka. Dieser Moloch mit über eintausend Slums, hier 'Bustees' genannt, wächst weiter explosionsartig. Seit der Staatsgründung 1971 soll sich die Bevölkerungszahl verzehnfacht haben. Keiner weiß die genauen Zahlen. Die Schätzungen reichen von vier bis über sechs Millionen Menschen.

Um das Land zu verlassen, muß man wieder nach Dhaka. Da am 3. Januar 'Hartal' ist, fahren wir einen Tag eher. Inzwischen sind auch Erste-Klasse-Abteile in vielen Intercity-Zügen so heruntergekommen, daß man erst seinen Platz reinigen muß, ehe man sich setzen kann. Wo früher ein Klappstisch war, ragen zwei Eisenwinkel aus der Rückwand des Vordersitzes. Die Wand ist von oben bis unten mit rotem Betelsaft bespien, scharfe Glaskanten beweisen, daß in dem Rahmen mal ein Fenster gewesen ist. Dem Schaffner ist das peinlich, er schiebt den Abfall auf dem Boden mit dem Fuß beiseite und sagt: "Das ist eben Bangladesh."

Am folgenden Morgen überrascht Dhaka mit der einzigen positiven Seite des 'Hartals'. Bei einer Rikschafahrt in der Nähe des Parlaments ist die Luft zu ertragen, der Geräuschpegel angenehm, nur wenige Zweitaktfahrzeuge knattern an uns vorbei, kaum Hupen, allein das Geklingel der Fahrräder ertönt ab und zu in der nebligen Winterszenerie. In Gulshan skandiert ein kleiner Demonstrationstrupp von Jugendlichen der regierenden 'Awami-League' Parolen gegen den Generalstreik. Am Mittag ist das halbtägige 'Hartal' vorbei. Dhaka versinkt wieder in den Schwaden der Abgase und dem Lärm der Motoren und Hupen.

Die Hindu-Minderheit in Bangladesh als legal identifizierter Feind

In den vergangenen drei Jahrzehnten blieben Menschenrechtsverletzungen gegen die Hindu-Minderheit in Bangladesh von der Weltöffentlichkeit weitgehend unbeachtet. Der bengalische Nationalismus hat mit Blick auf die Eingliederung der hinduistischen Minderheit versagt. Der Fortbestand des 'Enemy Property Act' (EPA) aus dem Jahr 1965, erlassen von der damaligen ostpakistanischen Regierung, wenn auch unter einem neuen Namen, bezeugt die Rechtsungleichheit der hinduistischen Bürger Bangladeshs. Dieser Befehl identifizierte die Hinduminderheit des Landes als Feinde und diente zugleich als Instrumentarium zur Beschlagnahme ihres Landes mit der Begründung, sie unterstützten Indien.

Ungeachtet der Tatsache, daß Indien die entscheidende Rolle bei der Befreiung Bangladeshs spielte, änderte sich kaum etwas am Schicksal der im Land lebenden Hindu-Minderheit. Der Präsident Bangladeshs änderte 1972 mit seinem Be-

fehl Nr. 29 die Bezeichnung dieser Verordnung in 'Vested Property Act' (Gesetz über die Übertragung von Eigentum). Im Namen dieses Befehls übertrug sich die bangladeshische Regierung selbst Eigentum der angeblichen Feinde. "Eigentum" bedeutet in diesem Zusammenhang "Eigentum jeglicher Art, ob mobil oder immobil, und schließt jegliche mit diesem Eigentum verbundenen Rechte und Zinsen ein. Gleichmaßen gilt dies für einklagbare Besitzansprüche, Sicherheiten, Verhandlungsinstrumente, vertraglich zugesicherte Rechte sowie für alle industriellen oder geschäftlichen Unternehmen." Dabei schließt "Sicherheit" "Aktien, Interimsscheine, Lagerbestände, Schuldverschreibungen und Schuldscheine sowie andere Geldwerte und handelbare Sicherheiten" ein. Ferner legte die Klausel Nr. 2 des Gesetzes fest, daß gegen keinen Bestandteil vor Gericht Klage erhoben werden könne - und dies gilt bis heute.

Die Folge davon ist, daß die Hin-

duminderheit des Landes nach wie vor ihrer wirtschaftlichen Rechte beraubt ist. Nach Angaben von in Bangladesh tätigen Nicht-Regierungsorganisationen sind über eine Million Hindu-Haushalte landesweit von diesem Gesetz betroffen. Die gesamte Landfläche wird auf etwa 400.000 Hektar geschätzt. Etwa 30 Prozent aller Hindu-Haushalte, so die Schätzung, sind Opfer dieser Bestimmung. Diese Schätzungen sollten, wenngleich sie lediglich auf einer Reihe plausibler Annahmen beruhen, als Indikator für den Ernst der Lage erachtet werden.

Die 'Association for Land Reform and Development' (ALRD), eine in Dhaka ansässige NGO, behauptet, daß das Gesetz den massenhaften Abwanderungsprozeß der Hindu-Bevölkerung aus Bangladesh seit Mitte der 60er Jahre in Gang gesetzt habe. Die Dimensionen dieser Abwanderung hinduistischer Gruppen im Zeitraum von 1964 bis 1991 wird auf 5,3 Millionen Menschen geschätzt.